

**An den
Herrn Bundespräsidenten**

Schloß Bellevue

Mannheim, den 29.07.2019

Die ehemaligen DDR-Flüchtlinge und das Jubiläumsjahr „Friedliche Revolution“

Sehr verehrter Herr Bundespräsident,

das Jubiläumsjahr ist zu mehr als 50 % herum. Die Politik indes ist, was die Würdigung der historischen Ereignisse betrifft, sehr „zurückhaltend“.

Die Flucht- und Ausreisebewegung hatte als Vorläuferin der Bürgerbewegung des Herbstes 1989 eine wesentliche und von Historikern anerkannte Rolle gespielt und müsste eigentlich in diesem Jahr in irgendeiner Weise in die öffentliche Wahrnehmung gerückt werden.

Es ist befremdlich: Es geschieht nichts. Im Gegenteil. Unser Vorbringen wird ignoriert.

Vor einigen Monaten ist die Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ gegründet worden. Vor diesem Hintergrund haben wir uns als Interessenvertreterin der ehemaligen DDR-Flüchtlinge und -Ausreiseantragsteller unverzüglich bei der Kommission vorgestellt. Trotz mehrfacher Erinnerungen (Mahnungen) haben wir niemals eine Antwort erhalten.

Als „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ ist unser Verein Teil der Zivilgesellschaft, dessen Gründung angesichts der institutionellen Diskriminierung der deutsch-deutschen Flüchtlingsgeneration notwendig war.

Anfang Juni 2019 ist uns zur Kenntnis gekommen, dass die Bundestagsfraktionen CDU/CSU/SPD und FDP Anträge zum Thema „30 Jahre Friedliche Revolution“ an den Bundestag gerichtet haben: „Der Bundestag möge beschließen...“ (19/10613, 19/10614). Die Anträge enthielten keinen Hinweis auf die Rolle des Phänomens „Flucht- und Ausreisebewegung“.

Am 6. Juni 2019 sind die Anträge auf der 104. Sitzung des Bundestages debattiert und an die Ausschüsse (federführend Ausschuss für Kultur und Medien) überwiesen worden.

Keiner der Redner, keine der Rednerinnen (mit Ausnahme der CDU-Abgeordneten Gitta Connemann) hat die Flucht- und Ausreisebewegung auch nur einer Erwähnung gewürdigt.

Der Vorstand der IEDF hat eine Stellungnahme zu den genannten Anträgen verfasst, siehe Anlage.

Wir haben die Stellungnahme mit entsprechenden Anschreiben verschickt an

- alle Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen
- alle parlamentarischen Geschäftsführer der Bundestagsfraktionen
- den Bundestagspräsidenten
- die Redner*innen der 104. Sitzung
- die Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“.

Von keiner Seite wurden wir einer Antwort gewürdigt. Einzige Ausnahme: die CDU-Abgeordnete Gitta Connemann.

Vor dem Hintergrund des seit mehreren Legislaturperioden schwelenden Konfliktes um die vom Gesetzgeber nicht legitimierte Einbeziehung der DDR-Altübersiedler in die Gesetzgebung zum Beitritt der DDR (ich durfte Ihnen dazu am 29.11. 2018 vortragen) lässt das Verhalten des Bundestages nur einen Schluss zu:

Die „Büchse der Pandora“ darf auf keinen Fall geöffnet werden. Dem Bundestag fällt die Aufgabe zu, den Deckel fest zuzuhalten.

Die beiden Erfahrungen

„Leugnung der historisch belegten Rolle der Flucht- und Ausreisebewegung vor dem Hintergrund der Ereignisse des Herbstes 1989“ und

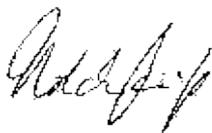
„DDR-Altübersiedler und deren vom Gesetzgeber nicht legitimierte Einbeziehung in die Gesetzgebung zum Beitritt der DDR“

haben sich zu einer deprimierenden Erkenntnis verdichtet:

Die deutsch-deutsche Flüchtlingsgeneration wird im wiedervereinigten Deutschland als politisch lästig empfunden. Dem wird durch konsequentes Ignorieren sehr wirkungsvoll Rechnung getragen.

Es darf nicht zugelassen werden, dass die ehemaligen DDR-Flüchtlinge und Ausreiseantragsteller dazu verurteilt bleiben, weiterhin „am Katzentisch“ sitzen zu müssen.

Mit freundlichem Gruß,



Dr.-Ing. J. Holdefleiß
(Vorsitzender IEDF)

Anlage: Stellungnahme der IEDF zu den Anträgen der Fraktionen 19/10613, 19/10614